

SPD demokratischer pressediens

R/XXVII/9
13. Januar 1972

Startschuß für die Ostverträge-Ratifizierung

Politische Anmerkungen zur Bundesrats-Rechts-
ausschußsitzung
Seite 1 / 42 Zeilen

Der Weg ist frei nach Stockholm

Fakten zum Thema DDR und Umweltschutzkonferenz
Von Conrad Ahlers
Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Leiter
des Presse- und Informationssektes der Bundes-
regierung
Seite 2 / 31 Zeilen

Der Mensch bleibt im Mittelpunkt

Arbeits-Rückblick und -Vorschau der Rheinland-
Pfalz-SPD
Von Wilhelm Drüscher
Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz
Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Preisvergleiche beim Schnaps lohnend

Der Verbraucher hat den Markt in der Hand
Seite 5 / 45 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 720 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 848 / 886 847
888 848 PPP Q

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Startschuß für die Ostverträge-Ratifizierung

Politische Anmerkungen zur Bundesrats-Rechtsausschußsitzung

Ab Freitag um 9 Uhr 30 läuft der in der ganzen Welt mit bergreiflicherweise größter Aufmerksamkeit beobachtete Vorgang der Ratifizierung der beiden bundesdeutschen Ostverträge mit Moskau und Warschau an. Als erstes Bonner Parlamentsgremium wird sich der Rechtsausschuß des Bundesrates mit diesem hochkarätigen Außenpolitikproblem zu befassen haben, wobei es nach Lage der Dinge schon jetzt feststeht, daß das Ausschlußvotum rechtliche und politische Bedeutung in einem haben wird. Wir befinden uns dabei in voller Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Experten, die keinen Zweifel daran gelassen haben, daß der Bundesrat keine Zustimmung-Zuständigkeit im außenpolitischen Bereich hat.

Das gilt ohne jeden Abstrich für diese beiden Ratifizierungsgesetze auch dann, wenn vor allem die CSU jetzt den gezielten Versuch unternimmt, zunächst einmal Unsicherheit zu erzeugen, um so das Feld für eventuelle gerichtliche Schritte vorzubereiten. Wir erachten es ungeachtet solcher parteitaktischer Manöver als selbstverständlich, daß sich die Mitglieder des Bundesratsrechtsausschusses durch die CDU/CSU-Aktion nicht beirren lassen.

Der Startschuß von Freitagmorgen wird den Ratifizierungsablauf so in Gang setzen, daß er nach unserem Willen zügig bis zum Abschlußvotum im Bundestag ohne Verzögerung weitergehen kann. Die parlamentarische Auseinandersetzung um die beiden Ratifizierungsgesetze wird aller Voraussicht nach hart und unter Einsatz aller verfügbaren politischen Mittel geführt werden. Dagegen wird nichts einzuwenden sein, solange die Auseinandersetzung im demokratisch-zulässigen Rahmen und solange sie politisch bleibt. Die Ausflucht in den gerichtlichen Bereich, den auch der ehem. CDU-Bürgermeister von Berlin, Franz Amrehn MdB, als bedenklich abgelehnt hat, sollte uns allen erspart bleiben. Die Entscheidung über diese beiden Ostverträge, die den konkreten und brauchbaren Ansatz bieten, um die Einvierteljahrhundert nach Kriegsende mehr als überfällige Entspannung und Aussöhnung auch nach Osten endlich zu beginnen und voranzutreiben. Diese Entscheidung ist allein Sache der politischen Gremien.

Noch rechnen wir mit der staatspolitischen Einsicht aller verantwortlichen Politiker. Der Anheizerappell des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an die CSU-Landtagsfraktion, das bayerische Landesparlament sollte "die Speerspitze gegen das Zustandekommen dieser Verträge" sein, engt unsere hoffenden Erwartungen zwar erheblich ein. Aber noch steht der Tag des Bonner Schlußentscheidungs nicht unmittelbar vor uns. Wir Sozialdemokraten werden uns alle Mühe geben, daß die Mehrheit, die den Entspannungsverträgen mit Moskau und Warschau das "Glückauf" mit auf den Weg geben wird, völlig ausreicht, um den festen Friedenswillen der Bundesrepublik nicht infrage stellen zu lassen. (cc/cc/13.1.1972/ks/bg?)

+ * *

Der Weg ist frei nach Stockholm

Fakten zum Thema DDR und Umweltschutzkonferenz

Von Conrad Ahlers

Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Leiter des Presse-
und Informationsamtes der Bundesregierung

Die Vorarbeiten für die große und wichtige internationale Umweltschutzkonferenz, die im Sommer in Stockholm stattfinden soll, sind durch die deutsche Frage belastet. Es ist offensichtlich das Ziel der DDR, diese Konferenz zu benutzen, um ihren internationalen Status aufzuwerten, obwohl sie im Unterschied zur Bundesrepublik nicht Mitglied einer der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen ist und deshalb auch auf dieser Konferenz nicht die gleiche rechtliche Stellung beanspruchen kann.

Die Bundesregierung ist selbstverständlich der Auffassung, daß die DDR als eine der großen Industriestaaten an der Konferenz teilnehmen und ihren Beitrag zur Lösung der Umweltfragen leisten soll. Niemand will Ostberlin von der Mitarbeit ausschließen oder diese auch nur einschränken. Alle Voraussetzungen für eine solche Mitarbeit unter Bedingungen, die nicht als diskriminierend angesehen werden können, sind geschaffen. Aber wogegen die Bundesregierung sich wenden muß, ist der Versuch, mit Hilfe dieser Konferenz eine allgemeine internationale Anerkennung der DDR im Bereich der Tätigkeiten der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Dieser Versuch widerspricht den Zielen und den Aufgaben der Konferenz. Außerdem steht er im Widerspruch zu dem tatsächlichen Stand der Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Erst wenn diese einen brauchbaren Stand erreicht haben und erst wenn dadurch auch menschliche Erleichterungen geschaffen worden sind, hat es einen politischen Sinn, daß die beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Es liegt einzig und allein an der DDR, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die Regierung in Ostberlin und nicht die Bundesregierung hat es bisher verhindert, daß die Verhältnisse in Deutschland sich nachhaltig verbessern. Die radikale Abgrenzungspolitik der DDR steht solchen Bemühungen aber leider immer noch im Wege.

(-/ex/13.1.1972/bgy)

* + *

Der Mensch bleibt im Mittelpunkt

Arbeits-Rückblick und -Vorschau der Rheinland-Pfalz-SPD

Von Wilhelm Dröscher

Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Als Europäer bin ich mit dem alten Jahr, in dem ich mein Mandat im EWG-Parlament niederlegte, nicht sehr zufrieden. Die europäische Politik ist notwendigerweise in der Phase der jetzigen Erweiterung auf andere Elemente abgestellt, als auf die Herbeiführung einer schnellen Supranationalität. Wir bewegen uns mehr in die Richtung einer großen Freihandelszone. Der sich abzeichnende Konflikt der großen und wachsenden Handelsmacht Europa und der Supermacht Amerika könnte auch für die Europäer schon wegen der Auseinandersetzung um den Wert des größeren Marktes und die in ihm notwendige Gesellschaftspolitik als Alternative zur amerikanischen Entwicklung interessant und wichtig werden. 1972 wird auf diesem Gebiet eine Reihe bedeutender Entscheidungen bringen.

Als Deutscher kann ich mit dem Jahr 1971 insgesamt durchaus zufrieden sein und für 1972 noch mehr erhoffen.

Außen- und innenpolitisch ist es vorwärtsgegangen. Das Berlin-Abkommen und seine Ausfüllung durch innerdeutsche Verhandlungen wird dieses Jahr geschichtlich bedeutsam machen. Die Überwindung der Mauer, der Beginn einer Kooperation in Europa, auch mit dem Nachbarn im Osten, ist sichtbar geworden. Nichts ließ das deutlicher werden als die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Willy Brandt und das gewaltige Echo in Ost und West.

Auch innenpolitisch war 1971 bedeutsam, aber nicht nur erfreulich. Der weltweite Geldwertschwund traf erstmalig auch uns sehr hart, aber es ist gelungen, die Vollbeschäftigung zu halten. Von branchenmäßigen Schwierigkeiten abgesehen. Was die Preissteigerungen angeht, haben wir im Rahmen der europäischen Partner trotz allem eine gemäßigte und mäßigende Rolle eingenommen. Wir

sind auf dem Wege, die Steigerungsraten im neuen Jahr erstmals wieder zu drücken.

Die großen Reformen der Bildungspolitik, Sozialpolitik, bei der Bundeswehr und in der Steuer- und Vermögenspolitik sind in Arbeit, lassen aber teilweise vielleicht noch auf sich warten. In zwei Jahren ist nicht alles zu schaffen. Entscheidend bleibt, daß fortschrittliche Mehrheiten im Bundestag nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Deshalb ist jetzt die Vorbereitung der Bundestagswahl 1973 für uns Sozialdemokraten eine der wichtigsten Aufgaben.

Den rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten brachte 1971 einen großen Erfolg. Der bundesweite Umschwung des politischen "Trends", mit einer Steigerung der Wählerstimmen über das letzte Bundestagswahlergebnis hinaus, hat im Frühjahr 1971 in Rheinland-Pfalz begonnen und erreichte im Herbst seinen Höhepunkt im Land Bremen, wo die SPD erheblich gestärkt wurde, die CDU stagnierte und die Rechts- und Linksradikalen fast unbeachtet blieben.

Als Landesvorsitzender der SPD und als Oppositionsführer im Landtag habe ich seit Mai 1971 für die konkrete Arbeit der landespolitischen Opposition die Verantwortung übernommen. Über die Kontrolle der Regierung hinaus, die erste Aufgabe einer Opposition, zeichnen sich für mich als Schwerpunkte die Aufgabengebiete der Bildungspolitik, einschließlich der Berufsausbildung, der Hilfe für die Gemeinden und der Regional- und Wirtschaftspolitik ab. Die Menschen sollen nicht nur gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen haben, sondern auch gleiche wirtschaftliche Chancen. Auch und vor allem in Rheinland-Pfalz. Darauf vor allem wird, ebenso wie für die ständige Unterstützung der Bundesregierung, die Arbeit der Landtagsfraktion der SPD ausgerichtet bleiben.

Die Landespartei ist seit dem 1. November 1971 mit ihrer neuen Satzung geeint. Über das ganze Land hin ist eine neue Welle schöpferischer Gestaltung und Anregung spürbar. Fast 60.000 Mitglieder zählt die SPD in den drei Bezirken um die Jahreswende, vor fünf Jahren waren es nur rund 45.000 gewesen.

Durch nichts werden wir uns auch im neuen Jahr davon abhalten lassen, praktische Arbeit und Hilfe für unsere Mitbürger in Stadt und Land zu leisten. Auch im Jahre 1972 wird dies im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen zu stehen haben.

(-/ex/13.1.1972/kp)

+ + +

Preisvergleiche beim Schnaps lohnend

Der Verbraucher hat den Markt in der Hand

Bundesdeutsche Freunde der scharfen Getränke sind sauer. Spirituosen-Industrie und Handel haben die Steuererhöhung durch die Bundesregierung benutzt, um selbst einen kräftigen Gewinn-Schluck aus der Profit-Pulle zu nehmen. Preissteigerungen bei einer "normalen" Schnapsflasche um 3,50 DM - wie in Frankfurt und Bonn festgestellt wurde - sind zwar noch Raritäten des Preiswuchers, aber Preiserhöhungen um zwei DM, die durch die Steuererhöhungen keineswegs gerechtfertigt werden, sind keine Seltenheit mehr. Hier gilt es für den Verbraucher mehr denn je, sehr genaue Preisvergleiche anzustellen und sich beim Einkauf von Spirituosen vielleicht auch vorübergehend zurückzuhalten. Bundesregierung und Verbraucherverbände haben wiederholt erklärt, daß Preissteigerungen von mehr als einer Mark bei hochprozentigen Getränken und von mehr als fünfzig Pfennigen bei Likören mit geringem Prozentsatz nicht mit dem Argument der Steuererhöhungen zu rechtfertigen sind.

Spirituosenindustrie und Handel versuchen, den "Schwarzen Peter" der Preistreibern der Regierung und der Steuererhöhung zuzuschreiben, und der Bundesverband des Deutschen Spirituosenhandels erklärt immer wieder, daß die Branntweinsteuererhöhung nicht für eigene Gewinne ausgenutzt würden. Das Argument des Spirituosenhandels ist aber zu billig: "Wenn der Staat seine Steuern um 25 vH. erhöht, kann es der Wirtschaft nicht verübelt werden, eine der Kostenentwicklung der letzten Jahre entsprechende Preisanhebung vorzunehmen. Der Staat darf die Steuern erhöhen, aber der Wirtschaft soll es verboten sein, einen kostendeckenden Preis zu fordern!" Diese Äußerungen sind wenig überzeugend und schon gar keine Rechtfertigung. Niemand wird den Versuch unternehmen, der Wirtschaft das Kalkulieren von Preisen zu verbieten, aber Aufgabe des Verbrauchers ist es, dann auch den Preisemachern auf die Finger zu schauen und genau zu vergleichen.

Vergleiche sind lohnender denn je! In den letzten Tagen fiel auf, daß besonders Großunternehmer und Ladenketten schärfer kalkulieren als kleine Einzelhandelsgeschäfte. Interessant dazu die Feststellung des Bundesfachverbandes der Deutschen Spirituosenindustrie: "Eine 3,50 DM-Preiserhöhung für eine Schnapsflasche ist Wahnsinn. Wer diesen Preis ohne schwere Folgen fordern kann, der muß eine enorm große Marktposition haben." Das bedeutet für den Verbraucher, daß er diese Marktposition brechen muß, indem er eine Zeit lang scharfe Getränke in einem anderen Geschäft kauft oder kurzweilig ganz darauf verzichtet. Nur so kann den Herstellern und dem Handel deutlich gemacht werden, daß sie den Verbrauchern nicht jede Preissteigerung in beliebiger Höhe zumuten können.

Gode Japs

(-/ex/13.1.1972/bgy)

+ + +